<https://doi.org/10.1007/s00350-021-6026-4>

Anmerkung SG Marburg, Gerichtsbescheid v. 4.1.2021 – S 12 KA 465/15

Babette Christophers

I. Abgrenzung Realakt/Verwaltungsakt

Der Honorarbescheid des Vertragsarztes umfasst in der Regel einen Kontoauszug, aus dem sich die Gut- und Lastschriften des jeweiligen Quartals ergeben. Am Ende des Kontoauszugs wird ein Gesamtsaldo ausgewiesen, aus dem sich dann ergibt, ob noch Zahlungen zu erwarten sind. Viele Kassenärztliche Vereinigungen versehen diese Kontoauszüge bereits mit Rechtsbehelfsbelehrungen, so dass kein Zweifel darüber besteht, dass es sich um einen Verwaltungsakt handelt.

Im vorliegenden Fall hatte sich der Kläger gegen den Kontoauszug gewehrt und zur Begründung auf die unterschiedlichen Buchungspositionen verwiesen, die nach seiner Meinung zu Unrecht erfolgt waren.

Es war nun streitig, ob der Widerspruch statthaft war, weil der Kläger sich im Kern gegen einzelne Buchungspositionen gewandt hatte, die ja dann den Gesamtsaldo zur Folge hatten.

Es war demnach zu entscheiden, ob die Ausweisung des Gesamtsaldos, gegen den sich der Kläger auch gewehrt hatte, lediglich als rechnerisches Ergebnis und damit als tatsächliches Handeln der Behörde zu werten war oder ob der Saldo auch gegenüber dem Arzt als Adressat des Kontoauszugs eine Rechtsfolge setzt. Dies bejahte die Kammer, da je nachdem ob der Saldo positiv oder negativ ist, ein Restvergütungsanspruch des Arztes bzw. ein Rückforderungsanspruch der Kassenärztlichen Vereinigung besteht.

Nach der Feststellung der Zulässigkeit der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage wegen der Statthaftigkeit der Klage, prüfte das Gericht im Bereich der materiellen Rechtmäßigkeit, ob die einzelnen Buchungspositionen zu Recht eingestellt worden waren.

II. Rechtmäßigkeit von Forderungen aufgrund von Vergleichen vor dem Beschwerdeausschuss

Bei Vergleichen vor dem Beschwerdeausschuss handelt es sich um öffentlich-rechtliche Verträge i. S. der §§ 53 ff. SGB X. Das BSG hat bereits in einer Entscheidung aus dem Jahr 2004¹ ausgeführt, dass ein solcher Vergleich nicht der schriftlichen Zustimmung der betroffenen Krankenkassen oder KÄVen gem. § 57 Abs. 1 SGB X bedarf, da die Rechte dieser Behörden bereits durch die Ausgestaltung des Verfahrens geschützt sind. Auch führt § 57 Abs. 2 SGB X nicht zu einer Unwirksamkeit des Vergleichs, da der Bescheid in Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren kein Verwaltungsakt i. S. dieser Norm ist. Der Beschwerdeausschuss kann auch Vergleiche über Quartale abschließen, die ihm noch nicht aufgrund eines Widerspruchs einer der Beteiligten zur Entscheidung vorliegen.

Die durch einen Vergleich betroffenen Krankenkassen, KÄVen oder Landesverbände der Krankenkassen haben aber das Recht gegen die geschlossenen Vergleiche, die die Prüfbescheide ersetzen und die ihnen aufgrund ihrer Beteiligtenstellung nach § 12 SGB X mitzuteilen sind, Widerspruch oder Klage zu erheben. Über dieses Recht sind sie auch gemäß § 36 SGB X zu belehren.

Über die formalen Anforderungen, die an einen Vergleich vor dem Beschwerdeausschuss zu stellen sind, gibt das Gesetz in § 56 SGB X vor, dass der Vergleichsvertrag schriftlich zu schließen ist. Die Schriftform gem. § 56 SGB X hat grundsätzlich zum Inhalt, dass über den Vertragsinhalt eine Urkunde zu erstellen und von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens zu unterzeichnen ist². Es wird insofern auf die Vorschriften des BGB Bezug genommen, was das Gesetz in § 58 Abs. 1 SGB X auch vorgibt. Es war bisher umstritten, ob dem Schriftformerfordernis des § 56 SGB X durch eine Protokollierung des Vergleichs genüge getan wird. Das LSG Hessen³ hat in der Berufungsinstanz in einem Verfahren, in dem es um den hier verbuchten Vergleich ging, entschieden, dass dieser nichtig ist, da die Unterschrift des Arztes unter der Urkunde fehlte. Lediglich der Vorsitzende des Beschwerdeausschuss und der protokollierende Schriftführer hatten den Vergleich unterschrieben. Daraus ergab sich nach Ansicht des erkennenden Senats eine Nichtigkeit gem. § 58 Abs. 1 SGB X in Verbindung mit § 126 BGB. Diese Entscheidung hat das BSG im Revisionsverfahren mit Urteil v. 26.5.2021⁴ aufgehoben. Das BSG nimmt Bezug auf die wortgleiche Vorschrift des § 57 VwVfG, für die in der Kommentarliteratur und der Rechtsprechung die Auffassung vertreten wird, dass für einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Wahrung der Schriftform die Aufnahme des Vertragstextes zur Niederschrift der (vertragsschließenden Behörde) genügt. Zur weiteren Begründung führt der Senat aus, dass den Beteiligten in Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren genügend deutlich gemacht wird, dass rechtsverbindliche Erklärungen abgegeben werden, da die Entscheidung über Widersprüche durch paritätisch besetzte Gremien erfolgt und ein formalisiertes Verfahren durchgeführt wird, bei dem die Erklärungen vorzulesen und zu genehmigen sind. Insofern gibt es keinen Unterschied zur Protokollierung im gerichtlichen Verfahren.

III. Fazit

Der Vertragsarzt kann mit dem Widerspruch gegen den Honorarbescheid, der grundsätzlich eine Aufstellung über Gut- und Lastschriften enthält, inzident einzelne Buchungspositionen angreifen, da diese ggf. zu Unrecht erfolgt sind. Ein Widerspruch gegen einzelne Buchungspositionen ist jedoch nicht statthaft.

Vergleiche vor dem Beschwerdeausschuss genügen dem Schriftformerfordernis auch, wenn sie lediglich protokolliert sind und nur vom Vorsitzenden, nicht aber vom Widerspruchsführer oder seinem Rechtsanwalt unterzeichnet sind.

Darüber hinaus muss nach Abschluss eines Vergleichs in Wirtschaftlichkeitsprüfungsangelegenheiten, egal ob vor dem Beschwerdeausschuss oder vor Gericht, damit gerechnet werden, dass Krankenkassen, Krankenkassenverbände oder die betroffene Kassenärztliche Vereinigung hiergegen Rechtsbehelf einlegen.

Der Gerichtsbescheid des SG Marburg dürfte, sofern er noch nicht in Rechtskraft erwachsen ist, keinen Bestand haben, da der Vergleich, der Basis für die Verbuchung im Honorarbescheid war, nunmehr aufgrund der Rechtsprechung des BSG als wirksam erachtet worden ist. Die Verbuchung dürfte deshalb materiell rechtlich vorgenommen werden.

Rechtsanwältin Babette Christophers LL.M.,
Fachanwältin für Medizinrecht, Fachanwältin für Sozialrecht,
Wirtschaftsmediatorin,
Voßgasse 3, 48143 Münster, Deutschland

1) BSG, Urt. v. 28.4.2004 – B 6 KA 8/03 –, MedR 2005, 246–251.

2) Vgl. Engelmann, in: von Wulffen/Schütze, Kommentar zum SGB X, 8. Aufl., § 56, Rdnr. 4.

3) Hess. LSG, Urt. v. 12.2.2020 – L 4 KA 11/17 –.

4) BSG, Urt. v. 26.5.2021, Entscheidungsgründe liegen noch nicht vor, lediglich Terminbericht 21/21 v. 27.5.2021.